



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zur 23. BAföG-Novelle und zum Gesetzentwurf für ein Nationales Stipendienprogramm

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 18.06.2010 (Es gilt das gesprochene Wort!)

Berlin, 18. Juni 2010

Kai Gehring, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 2031
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
kai.gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro Essen:
Limbecker Str. 48-50
45127 Essen
Telefon: +49 201-2698-200
Fax: +49 201-2698-249
kai.gehring@wk.bundestag.de

Mitglied des Bundestages

Sprecher für Hochschulfragen, Jugend
und Generationen der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schwarz-Gelb will heute ein Studienfinanzierungs-Paket durch den Bundestag peitschen, obwohl es an den allermeisten Studierenden vorbeigeht.

Ihr Paket ist **unausgewogen, setzt falsche Prioritäten und zementiert Bildungsblockaden** statt sie aufzubrechen.

Mit dem Nationalen Stipendienprogramm begibt sich schwarz-gelb auf einen **bildungspolitischen Irrweg**. Wir sagen ganz klar: **Statt Elite-Stipendien für Wenige brauchen wir Bildungsaufstieg durch besseres Bafög für Viele!**

Ich frage mich: Welches Gerechtigkeitsverständnis haben Sie eigentlich?

Es ist ungerechte **Klientelpolitik**, dass sie das Büchergeld von gut betuchten Stipendiaten um überzogene 275 Prozent erhöhen, während sie zugleich das Elterngeld von Langzeitarbeitslosen streichen.

Es ist die **falsche Priorität**, dass Sie 160 Mio. EUR Steuergelder ins Stipendienprogramm pumpen anstatt das BAföG deutlicher zu erhöhen und so für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Und es ist ein starkes Stück, dass die **vernichtende Kritik der Fachwelt** in der Anhörung des Bildungsausschuss einfach ignorieren.

Ihr Stipendienmurks ist bei den Sachverständigen durchgefallen. Studierenden, Stipendiaten, Hochschulen und Wirtschaft lehnen es ab.

Die Lehre lautet: **Nationales Stipendien-Gesetz zurückziehen statt durchziehen!**

Drei Kritikpunkte will ich hervorheben:



1. Ihr Stipendienprogramm bringt den Studierenden keinen Gewinn, sondern ist unsicher, ungerecht und unattraktiv.

Für nur zwei Semester müssen sich Stifter verpflichten, ein Stipendium zu finanzieren.

Solche Kurzzeit-Stipendien haben mit Verlässlichkeit, sicherer Finanzierung und klaren Rechtsansprüchen nichts zu tun.

Der Verlust des Stipendiums nach einem Studienortwechsel ist mobilitätsfeindlich.

Die schwarz-gelben Stipendien kommen vor allem chancenreichen Akademikerkindern zugute anstatt gezielt in die Bildungspotenziale von Nicht-Akademikerkindern zu investieren. Fakt ist: Habitus, Herkunft, Geldbeutel der Eltern entscheiden bei der Stipendienvergabe mit.

Damit verhindert das Programm eine gesellschaftliche Öffnung der Hochschulen und überwindet nicht die soziale Schieflage beim Campus-Zugang – deshalb geht es in die falsche Richtung.

2. Die Hochschulen werden überlastet:

Die komplette Organisation des Programms wird ihnen übergestülpt, den Aufwand von Akquise bis Auswahl müssen Universitäten und Fachhochschulen allein schultern.

Verwaltungs- und Bürokratiekosten werden 25-30 % der Mittel auffressen.

Daher ist ihr Ziel, 10% der Studierenden zu Stipendiaten zu machen, illusionär und überdimensioniert und deshalb reines Wunschdenken.

Selbst Befürworter halten maximal 1-2% für machbar und realistisch.

Hochschulautonomie heißt nicht, dass die Bundesregierung hehre Ziele setzt, die vor Ort praktisch unerreichbar sind.

3. Studienort und Studienfach entscheiden über die Chance auf ein Stipendium.

Elite-Unis wird die Stipendien-Akquise leicht fallen. In wirtschaftlich schwachen Regionen, an Fachhochschulen und kleinen Universitäten wird sie sich als schwierig bis aussichtslos erweisen.

Damit vertiefen sie regionale Unterschiede!

Hinzu kommt, dass Geistes-/ Sozialwissenschaften strukturell benachteiligt werden.

Diese Fehlentwicklungen lassen sich bereits in Nordrhein-Westfalen beobachten.



Was dort schon nicht läuft, darf nicht bundesweit eingeführt werden – also: zurückziehen statt durchziehen!

Das Stipendien-Programm bindet wertvolle Steuermittel, die Bund und Ländern für einen ambitionierten Ausbau des BAföG fehlen.

Schon durch die letzte Novelle hat sich der Kreis der Geförderten kaum erweitert und das Mittelschichtloch nicht geschlossen.

Ähnliches ist von der 23. BAföG-Novelle zu erwarten. Sie weist zwar einige gute Ansätze auf, ist aber insgesamt zu mager und mutlos geraten.

Wir haben zahlreiche Änderungsanträge gestellt, die Schwarz-Gelb abgelehnt hat:

- Wir wollen eine kraftvolle **Erhöhung der Freibeträge und Fördersätze um je 5%**. Damit würden mehr Studienberechtigte für ein Studium gewonnen, der Gefördertenkreis erweitert.
- Die **Verschuldungsobergrenze muss sinken**, in einem ersten Schritt von 10.000 auf 8.000 €. Damit würde das Verschuldungsrisiko für Studierende aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien deutlich geringer und damit ein Studium attraktiver.
- Die vorgesehene bundeseinheitliche Mietkostenpauschale sehen wir kritisch, da die Wohnkosten für Studierende regional sehr unterschiedlich sind. Daher wollen wir die **Übernahme der im Wohngeldgesetz festgelegten Mietstufen** – das wäre deutlich gerechter und trotzdem bürokratieärmer.
- Wir wollen das **BAföG familienfreundlicher machen**. Jedes Kind studierender Eltern ist uns gleich viel wert, um Studium und Familien zu vereinbaren. Eine völlige Gleichberechtigung von Ehepartnern mit eingetragenen Lebenspartnern ist für uns ebenfalls selbstverständlich.
- Wir wollen das **BAföG bologna-tauglicher machen** und es für ein Studium im gesamten Bologna-Raum öffnen.

Auch eine **ununterbrochene Förderung bei unmittelbarem Übergang vom Bachelor zum Master** ist längst überfällig.

Die Koalition hatte nicht den Mut, den Bundesratsbeschluss zu übernehmen.



Ein so verbessertes BAföG muss der Auftakt sein für eine mutige **Reform der Studienfinanzierung hin zum grünen Zwei-Säulen-Modell.**

Dabei besteht die erste Säule aus einem einheitlichen Sockelbetrag, der allen Studierenden elternunabhängig zugute kommt.

Mit der zweiten Säule wird die starke soziale Komponente für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern garantiert.

Das Zwei-Säulen-Modell erreicht zielgenau alle Studierenden mit Finanzierungsorgen und bringt die überfällige soziale Öffnung der Hochschulen.

Nach dem **gescheiterten Bildungsgipfel III** muss man konstatieren: Nach einem dreiviertel Jahr schwarz-gelb sind nicht mal Selbstverständlichkeiten wie die gemeinsam getragene Studienfinanzierung bei den Ländern mehrheitsfähig.

Die eigenen Ministerpräsidenten lassen Schavan und Merkel im Bundesrat im Regen stehen.

Daher kann ich Sie nur auffordern, Frau Schavan:

Motten Sie ihren Nationalen Stipendienmurks ein, um wenigstens eine echte BAföG-Erhöhung auf den Weg und durch den Bundesrat zu bringen!

Damit käme Bewegung in den festgefahrenen Bund-Länder-Streit um die Bildungsfinanzierung und wäre Ausdruck „politischer Kunst“, die Sie, Frau Schavan, ja vorgeben zu beherrschen, den Nachweis aber bisher noch nicht erbracht haben.